

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

22.1.1921 (No. 18)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptgeschäft-  
leiter  
C. A. M. e. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**W e r b g e p r e i s:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gebaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und  
Gelder frei. Bei Werbungen tariflicher Natur, der als Kaszenrabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung,  
in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Anfordern, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.  
Unverlangte Drucksaft- und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zuckerungsfrist für Weine.

Am 30. Dezember 1920 ist ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz in Wirksamkeit getreten, wonach für Weine des Jahrgangs 1920 die Zuckerungsfrist des § 3 Abs. 2 des Weingesetzes vom 2. April 1909 bis zum 31. März 1921 erfristet wird. Somit darf die Zuckeringung von Weinen dieses Jahrgangs auch noch nach dem 31. Dezember 1920, und zwar bis 31. März 1921 einschließlich vorgenommen werden. Es wird dabei aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß an den Voraussetzungen für die Zuckeringung überhaupt (§ 3 Abs. 1 des Weingesetzes) nichts geändert wurde und daß auch die Nachholung der Zuckeringung bei ungedugerten Weinen früherer Jahrgänge an die seitherige Frist (1. Oktober bis 31. Dezember) gebunden bleibt.

#### Das badische Weinbauinstitut in Freiburg.

Nachdem der badische Landtag die Mittel für die Einrichtung und Unterhaltung eines Weinbauinstituts in Freiburg bewilligt und das Staatsministerium den wissenschaftlichen Hilfsarbeiten der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg Dr. Karl Wüller zum Direktor dieser Anstalt ernannt hat, hat das Weinbauinstitut seine Tätigkeit aufgenommen. Das Weinbauinstitut stellt den Mittelpunkt der staatlichen Weinbauförderung in Baden dar. Es umfaßt außer der Anstalt in Freiburg die Versuchsanstalt am Jesuitenschloß bei Freiburg, die Rebveredelungsanstalt in Durach und die staatlichen Versuchsanstalten und Musterrebanlagen des Landes.

Das Institut hat die Aufgabe, den badischen Weinbau durch wissenschaftliche Forschung und praktische Verrichtung auf dem Gesamtgebiet des Weinbaues zu fördern und zur Verbesserung seiner Betriebsweise beizutragen. Diese Aufgabe sucht das Institut zu erreichen, durch wissenschaftliche und praktische Versuche auf dem Gebiete der Kultur des Weinstocks, der Schädlingsbekämpfung, der Züchtung neuer Rebsorten, der Rebenpropfung sowie der Weinbehandlung. Über die Ergebnisse dieser Arbeiten unterrichtet es die beteiligten Kreise durch schriftliche und mündliche Auskunftsverteilung, durch Vorträge, Kurse, Demonstrationen und Ausstellungen. Zum Aufgabengebiet des Instituts gehören ferner die Leitung der staatlichen Reblausbekämpfung, die Abgabe von Rebenpflanzmaterial sowie die Leitung des gesamten Pflanzenschutzdienstes in Baden. Die Bearbeitung der Aufgaben auf dem Gebiet der Reblausbekämpfung insbesondere die amtliche Weinuntersuchung in Verbindung mit der staatlichen Weinkontrolle und die Weinstatistik verbleiben nach wie vor der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg, der auch die Herstellung und Abgabe von Weinhefe bis auf weiteres obliegt.

Es darf erwartet werden, daß das Weinbauinstitut, um dessen Zustandekommen sich eine Reihe von Bingen, Kreise, landwirtschaftliche Organisationen und die Stadt Freiburg noch besonders verdient gemacht haben und dessen Errichtung einen längst gehegten Wunsch der badischen Weinbevölkerung verwirklicht, unseren badischen Weinbau einen großen Schritt vorwärts bringen und seinen Erzeugnissen den ihnen gebührenden Platz sichern helfen wird.

Bis zur Übersiedelung nach Freiburg wird das Weinbauinstitut seine Arbeiten von Augustenberg aus besorgen.

#### Durchführung der 48-Stundenwoche im Eisenbahndienst.

In der Presse sind Auslassungen darüber erschienen, daß die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe für ihren Bereich mit Wirkung vom 17. Januar 1921 eine reine Arbeitszeit von 48 Stunden eingeführt und die durchgehende Arbeitszeit aufgehoben hätte, ohne vorher die Organisationsfragen zu dieser Maßnahme zu hören. Die Eisenbahn-Generaldirektion könne sich auf einseitige Personalvorschriften für die Reichsbeamten sowie auf den Lohnsatz, der noch nicht vollständig ist, nicht berufen. Gegen die Verwirklichung des reinen Achtstundentages sei nichts einzuwenden, wenn sie auch in den preussischen Direktionsbezirken oder einseitlich für den ganzen deutschen Eisenbahnbereich Anwendung finde; bis dahin müßte die alte badische Regelung der 46 1/2-Stundenwoche beibehalten werden.

Zur Nichtigstellung wird von der Eisenbahn-Generaldirektion ausgeführt, daß die durch den Reichslohnarbeitsvertrag mit der Arbeiterschaft getroffene Vereinbarung eines Wochenarbeitsmittels von 48 Arbeitsstunden allein in Baden nicht durchgeführt war. Soweit Arbeiter betroffen sind, handelt es sich also nicht um eine neu zu treffende Vereinbarung, sondern lediglich um die Durchführung des von den Gewerkschaften der Arbeiterschaft mit dem Reichsverkehrsministerium mit Wirkung vom 1. August 1920 vereinbarten Tarifvertrags. Da die Durchführung des Lohnarbeitsmittels und die geordnete Dienstverteilung des Personals ohne Übereinstimmung mit dem Arbeitsmaß der Beamten nicht möglich ist, hat der Herr Reichsverkehrsminister angeordnet, daß mit sofortiger Wirkung auch die Beamten im Wochenarbeitsmittels 48 Stunden reine Arbeitszeit zu leisten haben. Der Gegenstand ist von den Organisationen mit dem Reichsverkehrsministerium — Zweigstelle Baden — seinerzeit eingehend erörtert worden, so daß anstandslos der Entscheidung des Herrn Reichsverkehrsministers auf die eingehende Berichtserteilung der vormaligen Zweigstelle Baden zu einer noch-maligen Verhandlung mit den Organisationen keine Möglichkeit gegeben war.

Im übrigen ist die Neuregelung des Arbeitsmaßes und der Dienststunden bei der Eisenbahnverwaltung in Baden in Anlehnung an übereinstimmende Regelung der Angelegenheit seitens der Landesbehörden und der übrigen Reichsbehörden in Baden erfolgt, die die 48-tägige Arbeitswoche schon länger durchgeführt haben.

### \* Briand.

Der neue französische Ministerpräsident, Aristide Briand, darf mit dem Erfolg seines ersten Auftretens zufrieden sein. Die Kammer hat ihm mit überwältigender Mehrheit (475:68 Stimmen) ihr Vertrauen ausgesprochen. Die beiden großen Reden, die er bei seiner Vorstellung vor der Kammer und bei der Beantwortung der Interpellationen gehalten hat, werden als rhetorische Meisterstücke bewertet. Der Eindruck namentlich der zweiten Rede sei derartig stark gewesen, daß mehrere der Interpellationen ohne weiteres zurückgezogen wurden, und alle die Interpellanten, die die Regierung angriffen, von Briand als glatt auf den Sand gesetzt abziehen mußten.

Da wir an klaren und festen Verhältnissen in den Ländern der Entente ein Interesse haben, dürfen wir den Erfolg, den Briand errungen hat, ruhig mit einer gewissen Genugtuung betrachten. Deutschland wird sich nur dann mit der französischen Regierung einigen können, wenn diese Regierung sich auf eine zuverlässige Mehrheit stützt und uns eine Politik der Stetigkeit garantiert.

Selbstverständlich bedeutet der erste Erfolg Briands noch keineswegs die Zustimmung der Kammer zu künftigen Entscheidungen. Wir werden abzuwarten haben, was die Ministerpräsidenten der Entente beschließen, und wir werden dann erst ein abschließendes Urteil über die Art der Briand'schen Politik sowohl, wie über die Resonanz, die diese Art im französischen Volke findet, abgeben können. Vorläufig ist heute die erste Regel für unsere eigene Politik. Aber diese Vorläufigkeit schließt die Anerkennung von Momenten, die für uns nicht gerade ungünstig sind, absolut nicht aus.

Die Redenwendungen, mit denen sich Briand das Vertrauen der Kammer erworben hat, enthalten für uns an sich keine Überraschung. In diesem Augenblick mußte ein jeder französische Ministerpräsident, der den Ehrgeiz hat, sich länger als einen Tag auf seinem Sitze zu halten, so sprechen, wie Briand gesprochen hat. Er mußte die Entwaffnungsfrage als eine Lebensfrage der französischen Nation hinstellen und sich für die Wiederherstellung einsetzen. Und es ist auch weiter nicht verwunderlich, wenn Briand erklärt, daß, wenn schon Europa bankrott mache, Deutschland dabei den Vortritt haben und Frankreich erst als zweites Land folgen müsse. Recht unangebracht war dagegen die törichte Behauptung Briands, daß es uns vielfach weit besser gehe, als dem siegreichen Frankreich.

Daneben dürfen aber auch nicht die Bemerkungen übersehen werden, die ganz zweifellos auf eine gewisse Mäßigung hinweisen. Vor allem hat Briand immer wieder mit großem Nachdruck betont, daß Frankreich alle seine Forderungen in Europa, also in erster Linie Deutschland gegenüber, und im Orient nur durch ein enges Einverständnis mit seinen Verbündeten erreichen wird. Briand hat dem französischen Volke nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gezeigt, welche eine hohe Bedeutung die Allianz für Frankreich hat. Und namentlich England, Frankreichs großer Freund und Verbündeter, hat bei dieser Gelegenheit von Briand erhebliche Liebenswürdigkeiten zu hören bekommen. Italien gegenüber waren die Worte Briands schon ein großer Grad zurückhaltender; er weiß eben ganz genau, daß Italien die einseitige Maß- und Machtpolitik Frankreichs nicht billigt.

In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß Briand die Sowjetregierung in Moskau ausdrücklich nicht anerkannt hat; er will die Beziehungen zu Rußland nur dann aufnehmen, wenn in Moskau eine Regierung sitzt, die wirklich das russische Volk repräsentiert und bereit ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche von den früheren russischen Regierungen übernommen worden sind. Frankreich will eben auch heute noch die 15-20 Milliarden, die es seinerzeit in das russische Geschäft gesteckt hat, wieder heraus haben.

Den neuen Konferenzen will Briand auf der Grundlage „gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Herzlichkeit“ entgegengehen. Und er verlangt das Vertrauen der Kammer vor allem auch deshalb, damit die Vertreter Frankreichs auf den Konferenzen die Interessen des Landes mit völliger Handelsfreiheit wahrnehmen können. Wie der „Vorwärts“ schreibt, bezog sich diese auffallend freundliche Bemerkung nicht nur auf die Konferenzen der Alliierten untereinander, sondern auch auf die Besprechungen mit uns. Sollten die genauen Berichte diese Auffassung bestätigen, so wäre das allerdings ein erfreuliches Vorzeichen.

### \* Staatsminister a. D. Freiherr von Bodman

feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Wenn es einen Badener gibt, der an einem solchen Tage ehrende Artikel der Presse verdient, so ist es Bodman. Unter den badischen Staatsmännern der letzten sechs Jahrzehnte war Bodman einer der bedeutendsten und einer von denen, deren nimmer müder, aufopferungsvoller Arbeit unser Land außerordentlich viel verdankt.

Georg von Bodman zählt zu den markantesten Ministergestalten der Vorkriegszeit. Und wenn er auch im wesentlichen als ein Mann des alten Systems zu gelten hat, so doch gleichzeitig als einer der sympathischsten und befähigsten. Ja, wir behaupten, daß Bodman bei seiner, das gewöhnliche Maß weit überragenden staatsmännischen Begabung noch viel glänzendere Leistungen hätte vollbringen können, wenn eben dieses System nicht gewesen wäre. Inwiefern Bodman dessen Opfer geworden ist, wird die ernsthafte Geschichtsschreibung später auseinandersetzen haben.

Die notwendige Klarheit und Übereinstimmung über Bodmans politische und geistige Bedeutung besteht aber heute schon. Und ebensowenig wird über seine menschlichen Eigenschaften gestritten werden können. Hier gibt es natürlich manches, was uns menschlich, allgumenschlich berührt. Bei welcher Persönlichkeit der Geschichte wäre das aber nicht der Fall?! Die Hauptsache ist und bleibt auch hier, daß er überhaupt eine Persönlichkeit war! Und das war er allerdings mit allen jenen Reizen, die eben nur einer solchen eigen zu sein pflegen.

Am höchsten stellen wir seine laute, tief aus dem Herzen kommende Vaterlandsliebe, eine Liebe, die sich jeder Diskussion entzieht und heute allen Parteien als Beispiel dienen kann. Aus dieser echten Vaterlandsliebe erwuchs sein starkes und ausgeprägtes soziales Gefühl.

Und es ist bezeichnend für den ganzen Mann, daß er auch nach dem Sturz des alten Regimes sich nicht etwa trollend oder gehässig opponierend zurückzog, sondern dem neuen, badischen Staat wertvolle Dienste leistete und einer Partei beitrug, die die positive Mitarbeit am neuen Staat als obersten Programmpunkt anerkennt. Wir, die wir so enge Beziehungen zu dem Staatsminister von Bodman hatten, empfinden die herzlichen Artikel, die die Blätter dem Siebzigjährigen widmen, mit besonderer Freude und Genugtuung. Und gerne schließen wir uns den dort zum Ausdruck gebrachten Glückwünschen an.

### „Kommunalpolit. Rundschau.“

#### Preistreiberi und ihre Bekämpfung in Thüringen.

In Thüringen hat sich eine Preisprüfungs-Gemeinschaft gegründet, die sich mit dem Vorort Gera an der Spitze die gemeinsame Bekämpfung des Wuchers besonders von Obst und Gemüse zum Ziele gesetzt hat. In der richtigen Erwägung, daß es für eine Stadt allein zwecklos ist, mit Höchstpreisen den Geschäften die Preise vorzuschreiben, weil sonst die Gefahr der Abwanderung der Ware besteht, wandte sich Gera an die umliegenden Städte zur Mitarbeit. Die Mitarbeit wurde meist zugesagt. Die um Gera liegenden Städte setzen jede Woche die Preise für Obst und Gemüse in den örtlichen Preisprüfungsstellen fest und teilen sie Gera mit, das seinerseits einen Durchschnittspreis errechnet und den Städten mitteilt. Die Preise haben für die darauffolgende Woche Gültigkeit. Geplant ist, sämtliche Preisprüfungsstellen Thüringens zu einer festen Arbeitsgemeinschaft zusammen zu schließen, während das jetzige Zusammenarbeiten nur einen losen Zusammenschluß bedeutet. Eine Arbeitsstellung soll so erfolgen, daß die Artikel Gemüse und Obst von Gera, hingegen die Gegenstände des täglichen Bedarfs von Eisenach aus bearbeitet werden sollen.

Zur Erreichung dieses Zieles sollen Satzungen aufgestellt werden, die in der Hauptsache folgendes bestimmen:

#### Mitgliedschaft und Vertretung.

Mitglied kann jede Stadt werden, die eine Preisprüfungsstelle im Sinne der Gemeinschaft hat. Die Mitgliedschaft verpflichtet zur Einhaltung der Vereinbarungen der Gemeinschaft und Tragung der anteiligen Kosten, die nach der Kopfzahl der Einwohnerzahl umgelegt werden. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Beitrittserklärung gegenüber dem Vorort, dem Austritt muß eine dreimonatige an den Monatsenden gebundene Kündigungsfrist vorausgehen. Körperliche Beteiligung findet nur für Stadverbände unter gleichen Bedingungen statt. Die Gemeinschaft wird nach außen durch den Vorort vertreten. Der Vorort wird alljährlich von der Vollversammlung der Gemeinschaft aus ihrer Mitte neu gewählt.

#### Arbeitsweise der Gemeinschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft wählt neben dem Vorort einen engeren und einen weiteren Ausschuß. Jede Stadt hat ohne Rücksicht auf ihre Größe eine Stimme. Der Vorort ist das geschäftsführende Organ der Gemeinschaft, deren Beschlüsse er durchzuführen u. Einhaltung zu überwachen hat. Der enger

**Ausschuss** ist zur Fassung der zur Geschäftsführung der Gemeinschaft erforderlichen Beschlüsse berufen, er beschließt im einzelnen die Schritte, die zur Ausführung der dem erweiterten Ausschuss beschlossenen Maßnahmen notwendig sind und steht dem Vorstand zur Seite. Der erweiterte Ausschuss bestimmt die allgemeinen Maßnahmen der Arbeitsgemeinschaft, ihre Stellungnahme zu den wichtigsten Wirtschaftsfragen von allgemeiner Bedeutung und die Arbeitsteilung der verschiedenen Gebiete in Gruppen und Untergruppen.

Die Vollziehung tagt nach Bedarf, jährlich mindestens einmal. Sie stellt die Richtlinien der Arbeitsweise auf und wählt alljährlich den Vorstand.

Besonders wichtig ist, daß auch die Städte Befähigung mit zum Beitritt der Arbeitsgemeinschaft gewonnen werden. Wenn das nicht gelingt, werden alle durch die festzusetzenden Richtlinien betroffenen Waren nach Sachsen abwandern, wo sie bisher für jeden Preis aufgekauft werden. E. Sch.

### Die Krüppelfrage.

Von Stadtrat H. von Frankenberg in Braunschweig.

Von den im Kriege Schwerverwundeten, deren Verletzungen zur Verkrüppelung geführt haben und denen die Versorgung, die Kriegsfürsorgeämter und die ärztliche Kunst wie die Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes nach Möglichkeit beizubringen bemüht ist, lenkt sich die Aufmerksamkeit neuerdings wieder in erhöhtem Maße auf den Nachwuchs, auf die Jugend und auf die ihr bei Verkrüppelungen und erblichen oder im Laufe der Zeit eingetretenen Gefahren drohenden Gefahren der Krüppelhaftigkeit. Man hat mehr und mehr die Notwendigkeit erkannt, durch Anhaltspflege und durch ein sorgfältig erdachtes, auf längere Zeit berechnetes Heilverfahren den Fortschritten des Zustandes entgegenzutreten, der nicht nur die Gesundheit, sondern zugleich auch die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Die Krüppelheimstätten, deren Zahl seit zwei Jahrzehnten erheblich zugenommen hat, bieten durch die Eigenart ihrer Einrichtung und ihres Betriebes weitgehende Gewähr dafür, daß die Erfahrungen der Wissenschaft bei den Pflegenden verwertet werden, um den Fortschritten des Leidens Einhalt zu gebieten, wo dies irgend ausführbar ist, um durch künstliche Hilfsmittel die Bewegungsfähigkeit der Krüppel und ihren Gebrauch zu erhöhen, und um durch gemeinsame Unterweisung, durch Anregung und Anleitung zur Beschäftigung die Berufswahl zu erleichtern und durch fachmännigen Unterricht den Übergang in das Berufsleben zu fördern.

In dieser wirtschaftlichen Seite der Krüppelfürsorge liegt neben der unmittelbaren ärztlichen Einwirkung die hervorzuhebende Bedeutung des ganzen Unternehmens, das den bedauerlichen Opfern eines herben Geschicks entgegenzusetzen und sie zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft machen, ihnen Vertrauen und Zuversicht einflößen und sie befähigen will, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. In unserer Zeit, in der selbst der gesunde Arbeiter durch die Ungunst der Verhältnisse, das Darniederliegen der Bauwirtschaft, der Ausfuhr und vieler Industriezweige oft zum Bettlern und zur Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge gezwungen ist, wird der Gedanke der Heranziehung Verkrüppelter zu arbeitsfähigen Personen manchem Bedenklichen begegnen. Vergewaltigen wir uns aber, daß alles, was auf diesem Gebiete geschieht, nicht für kurze Augenblicke, sondern auf die ganze Lebenszeit der Betroffenen, Verpflegten und Ausgebildeten berechnet ist, dann gewinnt der Plan, aus der Krüppelpflege eine Schulung für den Beruf werden zu lassen, auch bei den Widerstrebenden an teilnehmendem Mitgefühl und Verständnis.

Für die Gemeinden, denen in erster Reihe bei Hilfsbedürftigkeit die Pflicht der Fürsorge für Verkrüppelte auferlegt ist, hat die Erlangung der Erwerbsfähigkeit so unverkennbare Vorteile, daß sie zum Ausbau derartiger Einrichtungen gern die Hand bieten werden. Wo ihre eigene Leistungsfähigkeit nicht genügt, werden sich die Kreise (in Preußen auch die Provinzen) und die Staaten hinter sie stellen müssen, damit nichts veräußert wird, was den Erfolg sichern und einer lebenslangen Inanspruchnahme der Armenpflege, einem Bruchliegen der schlummernden Kräfte vorbeugen kann.

## Politische Neuigkeiten.

### Eine neue Erklärung Briands.

In der gestrigen Sitzung der Kammer erklärte Ministerpräsident Briand laut Ag. Cabas u. a.: Die Regierung hat die Absicht, klar und deutlich die Lage auseinander zu setzen und die Tatsachen vor Augen zu führen. Das ganze Vertrauen der Kammer sei nötig, damit wir das Ziel erreichen. Wir gehen morgen in eine neue Konferenz, in eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Herzlichkeit. (Anhaltenden Beifall.) Aber ich strebe darnach, daß in einer solchen Lage die Interessen Frankreichs auf der Konferenz der Ministerien müssen unsere Vertreter völlige Handelsfreiheit haben.

### Vorschläge der alliierten Sachverständigen.

Die alliierten Sachverständigen für die Brüsseler Finanzkonferenz stimmten, wie die „L. N.“ in ihrer vorgestrigen Konferenz gewissen Vorschlägen bez. des deutschen Schadenersatzes zu, die vom obersten Rat nunmehr erwogen werden sollen. Diese Vorschläge weichen in manchen wichtigen Einzelheiten von dem ab, was bisher als Grundlage der Schadenersatzleistungen hingestellt wurden. Man wird die Deutschen auffordern in 5 Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark zu zahlen, ohne sich auf Festsetzung dieses Betrages hin in Zukunft festzulegen. Als Strafmaßnahmen bei Nichtnachkommen der Verpflichtungen sind Beschlagnahme der Kollektoren und Kontrolle verschiedener Monopole vorgesehen. Die Festlegung des Gesamtbetrages der deutschen Schuld wird bis 1. Mai 1921 verschoben werden. Lord D'Alton, der Vertreter Englands, bemerkte hierzu, daß diese Vorschläge nicht in Abereinstimmung mit dem Wortlaut des Friedensvertrages ständen und daher für diese neu vorgeschene Pläne erst die Zustimmung Deutschlands eingeholt werden müsse. Daraufhin wurde erklärt, daß Deutschland auch gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten; es werde die deutsche Regierung von der Verpflichtung befreit werden, noch 300.000 Tonnen Schiffsraum abzuliefern.

Der deutsche Vertreter Staatssekretär Bergmann, hob hervor, daß diese Vorschläge für ihn nicht annehmbar seien. Die Art einer Festsetzung von Annuitäten sei vielleicht annehmbar, aber der Betrag von 3 Milliarden Goldmark sei, wie er immer wieder betonten müsse, zu hoch. Außerdem müsse ein Teil der Summe in Naturalien bezahlt werden dürfen. Die Verhandlungen dauern fort.

## Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurden gestern zunächst Kleine Anfragen erledigt und sodann der letzte Plottentat für 1920 in dritter Lesung angenommen. Daraufhin erfolgte die unabhängige Interpellation betr. die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland, die vom Abg. Crispian (N. S.) begründet und dem Reichsminister des Innern Dr. Simons beantwortet wurde. In der Debatte sprachen die Abgg. Wels (Soz.), Fleischer (Zentr.) und Reubaus (D. Natl.). Darauf vertagte sich das Haus auf Samstag.

**Vertrauensfundgebung für den Reichsfinanzminister.** Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat, einer Blättermeldung zufolge, dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth in folgendem Beschlusse ihr Vertrauen ausgesprochen: „Gegenüber den Angriffen, die in letzter Zeit aus Anlaß der Erledigung der Anträge und Arbeiterforderungen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Wirth erhoben worden sind, erklärt die Zentrumsfraktion des Reichstags, daß der Herr Minister Dr. Wirth nach wie vor ihr volles Vertrauen besitzt.“

**Die Anklage gegen Erzberger.** Die Staatsanwaltschaft hält, wie bekannt, den Abg. Erzberger dringend verdächtig, in dem Prozeß gegen Helfferich einen Meineid oder wenigstens einen fahrlässigen Falscheid geleistet zu haben und hat deshalb beim Reichstag um Genehmigung der Strafverfolgung nachgesucht. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat gestern auf Antrag Erzbergers einstimmig beschlossen, im vorliegenden Fall von der Abung des Reichstages abzusehen und die Genehmigung zu erteilen.

### Die Dolchstoß-Lüge.

Das „Militärwochenblatt“ bringt in seiner letzten Nummer wieder einen ganz tendenziösen Artikel, in dem es den Zusammenbruch der deutschen Armee, auf „unsterbliche Propaganda von der Heimat aus zurückzuführen“ und das Wort vom „Dolchstoß in den Rücken der Armee“ für gerechtfertigt erklärt. Es ist ja bekannt, daß diese Wendung erst etwa ein halbes Jahr nach der Revolution auftrat. Wie sehr die ganze Legende nachträglich konstruiert ist und wie wenig gerade die Ludendorff-Klique, die sie am meisten frucht, selber daran glaubt, dafür bezeugt der „Vorwärts“ jetzt einen unumstößlichen Beweis. Er schreibt:

„Vor uns liegt ein geheimes Aktenstück des Generalstabs des Feldheeres vom 24. August 1918 (Nbt. III b Nr. 3017 N/17498/11). Es sind nur für den Dienstgebrauch gedruckte Aufzeichnungen über Besprechungen mit den Leitern des vaterländischen Unterrichts an der Front. Sie wurden geleitet von Oberstleutnant Nicolai, einem der Intimen Ludendorffs. Vertreter aller A. O. K. und sonstigen Kommandostellen waren die Teilnehmer. Die erste dieser Sitzungen fand am 27. und 28. Juni 1918 statt. In dieser Sitzung erklärte Hauptmann Tafel als Vertreter des A. R. 2 und erster Redner:

„Der Geist der Armee sei sehr gut, der Mann habe weder Zeit noch Lust, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, die Anzahl der Anhänger der Sozialdemokraten sei nach sicherer Quelle sehr gering.“

Hauptmann Munzinger als Vertreter des A. R. 3 erklärte, daß sich die Erfahrungen bei der dritten Armee mit den vorgetragenen Erfahrungen bei der zweiten Armee vollständig decken. Ähnlich äußern sich alle anderen Vertreter. Als Schlussresultat stellte Nicolai fest:

„Ich habe aus den gesamten Ausführungen entnommen, daß Sie, die Sie in erster Linie die Hand am Pulse der Stimmung der Armee halten, diese Stimmung für gesund erklären.“

### Die Rechtsputschgefahr in Bayern.

Bisher gingen die Warnungen vor monarchistischen Putschgefahren in Bayern im wesentlichen von der sozialistischen Presse aus. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß jetzt von einer Seite auf die Gefahr eines Rechtsputsches hingewiesen wird, die sicher in den Augen aller Rechtsparteiler unverständlich ist. Es ist der Führer der Bayerischen Königsarmee, Graf Rothmer, der in seinem Organ erklärt, der Landesoberbefehlshaber der Bayerischen Königsarmee, Major von, habe Beweise dafür, daß Bestrebungen im Gange sind, welche die Wiederherstellung der Monarchie auf dem Wege eines militärischen Putsches durchzuführen, also die bayerische Regierung eines Tages vor eine vollendete Tatsache stellen wollen. Graf Rothmer macht dazu, lt. „Berl. Wsitz.“, noch eingehende Einzelangaben und beschuldigt die deutschvölkischen Geheimbünde der Putschneigungen. Es handelt sich hier um einen Konterreißer. Die Bayerische Königsarmee vertritt die Wiedererhebung der Wittelsbacher, während die Deutschvölkischen in erster Linie für die Wiedererhebung der Hohenzollern arbeiten. Wer aus diesem monarchistischen Konterreißer erfährt man, daß die Gefahr von rechts doch weitläufiger ist, als gemeinhin angenommen wird.“

### Die gekränkte Unschuld.

Die polnische Regierung veröffentlichte eine Erklärung gegen die deutsche Note über die polnischen Truppenanforderungen an der oberschlesischen Grenze. Sie ist, so bemerkt die „Presse“, ironisch, wieder einmal zu Unrecht verdächtigt worden. Wenigstens versichert sie das in ihrer Erklärung. Sie ist so unerschuldig und so sanftmütig wie ein Lamm, und alles Gegenteilige, was über sie behauptet wurde, ist eine Erfindung der bösen Deutschen. Sie weiß auch gar nichts von den polnischen Geheimorganisationen in Oberschlesien, hat nie etwas mit ihnen zu tun gehabt, und bemutlich hat sie auch nie den Namen Korfahit gehört. Es ist selbstverständlich ebenso eine Erfindung, daß die polnische Propaganda in Oberschlesien aus ihren Waffen gepreßt wird. Vielmehr haben sicherlich die Deutschen das Geld hergegeben, nur um die Polen um so gründlicher verdächtigen zu können. Und da die polnische Regierung mit derselben Glaubwürdigkeit, die sie sonst genießt, auch jeden Zusammenhang mit den Unruhen in Oberschlesien zurückweist und die überraschende Enttüllung macht, daß die Deutschen ein Interesse an diesen Unruhen hätten, so ist nichts klarer, als daß die polnischen Aufreiter im deutschen Solde gestanden und im deutschen Auftrag die Deutschen in Oberschlesien verfolgt, beraubt und gelegentlich ermordet haben. Wir zweifeln nicht, so schließt das Frankfurter Blatt, daß die polnische Regierung diesen Enthüllungen noch manche interessante Ergänzungen hinzufügen wird; das Korfahitsche Ermittlungsbureau leistet ja unübertreffliche Arbeit auf diesem Gebiet.

## Kurze polit. Nachrichten.

Im Reichswirtschaftsrat ist ein Antrag eingegangen, der die Erhöhung des steuerfreien Einkommens vorsieht. Der steuerfreie Einkommensanteil soll für jede zum Haushalt zählende Person von 500 auf 1000 M. erhöht und von jeder Landes- und Kommunalsteuer frei bleiben.

**Aus der Sozialierungskommission.** Nach einer Meldung der „Voss. Zeitung“ aus Essen hat gestern der Verständigungsausschuss der Sozialierungskommission des Reichswirtschaftsrates seine Verhandlungen abgeschlossen. Es ist eine Verständigung auf Grund des von Direktor Krämer ausgearbeiteten Entwurfs erzielt worden, mit dem auch in der Hauptsache das Programm des christlichen Bergarbeiterführers Imbusch übereinstimmt. Das Ergebnis der Verständigungsverhandlungen wird demnächst den Reichswirtschaftsrat beschäftigen.

**Keine Brotpreishöhung.** Am 20. Januar fand beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermes eine Besprechung mit dem Oberpräsidenten über ernährungswirtschaftliche Fragen statt. Es wurden die Maßnahmen zur wirksameren Erfassung des Brotgetreides eingehend erörtert. Reichsminister Dr. Hermes gab die Erklärung ab, daß der Brotpreis jetzt unter keinen Umständen verändert werden dürfte. Ferner erklärte er, daß die Gemeinwirtschaft in der jetzigen Form für das künftige Wirtschaftsleben nicht aufrecht erhalten werden würde, daß aber die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides als solches beizubehalten sei.

**Eine sozialdemokratische Regierung in Mecklenburg.** Bei der Kabinettsbildung in Mecklenburg kam durch Zusammengehen der Mehrheitssozialisten mit den Kommunisten ein rein sozialistisches Kabinett zustande. Gewählt wurde der frühere Kriegsgerichtsrat Ritzeberg aus Kiel, der Lehrer Puls aus Rostock, der Bürgermeister Peterson aus Goldberg und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Volksernährung Giers aus Schwerin. Alle Minister gehören der sozialdemokratischen Partei an. Die vier Demokraten enthielten sich der Abstimmung.

**Die Oberbürgermeisterwahl in Berlin.** Bei der Wahl des neuen Oberbürgermeisters in Berlin wurde mit den Stimmen der Mehrheitssozialdemokratie der parteilose Stadtkämmerer Wech gewählt.

**Die Anstaltsbewegung in Österreich.** Der Tiroler Landtag hat nach Innsbrucker Blättermeldungen beschlossen, daß, falls die Bundesregierung die Abstimmung für die Frage des Anschlusses an Deutschland nicht vor Anfang März anordnet, diese Abstimmung von Tirol allein durchgeführt werde.

**Ein Vertrauensvotum für Briand.** Die französische Kammer hat dem Kabinett Briand mit 475 gegen 68 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

**Die polnische Gesandtschaft in Berlin** veröffentlicht folgende Erklärung: In der letzten Zeit tauchten in der deutschen Presse immer häufiger Alarmgerüchte über angebliche Zusammengehörungen polnischer Streitkräfte in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze auf. Gewisse Zeitungen wissen sogar von einem Heere von über 200.000 Mann zu berichten. Die polnische Gesandtschaft in Berlin ist ermächtigt, diese Alarmnachrichten als völlig unbegründet auf das entschiedenste zu dementieren.

**Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen?** Der „Berl.“ meldet aus Washington, daß der Senat grundsätzlich der Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen im Laufe dieses Jahres vorbehaltlich einer Aussprache mit dem obersten Oberbefehl der alliierten Heere zugestimmt hat.

## Badische Ueberlicht.

### Badische Wochenrückblicke.

#### Zur Feier der Reichsgründung.

In der klaren Erkenntnis der Bedeutung des großen deutschen Einheitsgedankens und seiner Verwirklichung durch die vor einem halben Jahrhundert erfolgte Schaffung des deutschen Reiches hat auch das badische Volk den 60. Jahrestag der Reichsgründung gefeiert. In der Landeshauptstadt hatten sich Regierung, Landtag, städtische Kollegien und Tausende von Männern und Frauen aus allen Kreisen der Einwohnerschaft zu einer gemeinsamen Gedenkfeier versammelt, bei der Staatspräsident Lunk in bedeutsamen Ansprache den Gefühlen Ausdruck verlieh, die unser Volk in diesen Tagen bewegen, wobei er mit besonderem Nachdruck die Freude darüber betonte, daß es auch im Gland, zwischen den Türmen und in den Stürmen der deutschen Zeit nach dem Krieg und des aus ihm gewordenen Zusammenbruchs gelungen ist, das Reich zu erhalten, die Länder sowie die Länder mit dem Reich und im Reich staatlich neu zu organisieren, nimmere durch das Volk selbst in voller Freiheit und Selbstbestimmung und Selbstgestaltung.

Wahr und ernst, so führte er in den Schlußsätzen seiner Rede aus, wollen wir nun auch das deutsche Volk selbst durch seine von ihm in freier Wahl bestellten Vertreter, der deutschen Nationalversammlung, vor aller Welt abgebenen Wort und Befehl der neuen Verfassung des Reichs nehmen und wahren. Wir als gute Badener und gute Deutsche, alle als Bürger gleich und ohne Unterschied, nicht nur gleichberechtigt, sondern gleich verpflichtet und gezwungen zu Mitarbeit und Mitverantwortung, zusammen mit allen andern deutschen Schicksalsgenossen der andern Länder als „Das deutsche Volk“ einig in seinen Stämmen und von dem Willen befehle, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem innern und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Und gestalten Sie mir den noch beizugehen: Damit so das Schicksal sich wieder wendet, Deutschland auch wieder frei sei im Verhältnis zu den übrigen, zu allen Völkern der Welt und geehrt unter ihnen. Damit wirklich und wahrhaft Friede werde und bleibe!

Die Begeisterung, mit der die gewaltige Versammlung in das vom Staatspräsidenten ausgebracht hoch auf das deutsche Vaterland einstimmte, ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß er mit diesen Sätzen durchaus den übereinstimmenden Empfindungen der Teilnehmer Worte verliehen hatte.

Von dem gleichen Willen zur Wahrung der Reichseinheit waren auch die zahlreichen Gedenkfeiern getragen, die an den übrigen Orten des badischen Landes abgehalten wurden. Daß ein kleines Häuflein politisch unzurechnungsfähiger oder böswilliger Elemente im Verein mit lichtscheuem, verbrecherischem Gesindel eine Anzahl von Teilnehmern an der Karlsruher Feier überfiel und ihnen durch Verhinderung mit Totschüssen, Gummikugeln und ähnlichen Argumenten einen heftigen Vorstoß machte, der die Teilnehmer erschütterte, die sie dem Volk durch die von ihnen propagierte Verherrlichung des Terrors und der Diktatur zu versehen wünschten, vermochte dieser Tatsache absoluter Reichstreue des badischen Volkes in seiner Gesamtheit selbstverständlich keinen Abbruch zu tun.

#### Die Brotgetreideversorgung.

Im Ministerium des Innern fand kürzlich auf Veranlassung des Reichsernährungsministers eine Besprechung mit den landwirtschaftlichen Organisationen und der Landwirtschaftskammer statt, in der die Frage der Brotgetreideversorgung zur Erörterung gelangte. Diese Frage ist neuerdings wieder besonders brennend geworden, weil die diesjährige Ablieferung von Brotgetreide unverhältnismäßig stark hinter diejenige des Vorjahres zurückbleibt — eine Tatsache die sich keines-

wog aus dem schlechteren Ertragsfall allein erklären läßt, sondern auch auf den mangelnden Düngungs-... willens eines Teils der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer zurückzuführen ist. Aus dem gestern von uns veröffentlichten amtlichen Bericht ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung mit Nachdruck gegen die schlechte Ablieferung vorzugehen beabsichtigt. Die Mittel, mit denen sie eine bessere Ablieferung erzielen will, bestehen einerseits in einem verstärkten Einsatz der staatlichen Macht- und Strafmittel und in besonderen Verwaltungsmaßnahmen zur Eindämmung der Getreideverfälschung, wie verbilligte Abgabe von Mais zu Futterzwecken, andererseits in aufklärender Einwirkung auf die Landwirtschaft. Welche von diesen Mitteln am wirksamsten sein werden, ist natürlich nicht abzusehen. Amlichereits sind jedenfalls vor einer Überschätzung der behördlichen Maßnahmen gewarnt und offenbar dem zuletzt genannten Mittel der Aufklärung besondere Bedeutung beigemessen. Dieser Ansicht schließen auch die landwirtschaftlichen Landesorganisationen beizupflichten, die sich denn auch erfreulicherweise bereit erklärt haben, sich der Aufklärungsarbeit zu unterziehen. Leider werden sich, wie bei dieser Gelegenheit bekannt wird, die Wünsche nach freier Bewirtschaftung des Getreides im nächsten Winter noch nicht erfüllen lassen, doch wird zugeht vom Reichsernährungsministerium, von einem Unterausgleich des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und von der Reichsgetreidekammer an Vorschlägen für die Getreidebewirtschaftung im nächsten Wirtschaftsjahre gearbeitet. Es ist anzunehmen, diese Vorschläge nach ihrer Ausarbeitung der Öffentlichkeit bekannt zu geben und ihrer Kritik zu unterstellen. Die Erzeuger werden eine solche Veröffentlichung jedenfalls als Entgegenkommen begrüßen.

In sehr zutreffender Weise legt die amtliche Veröffentlichung übrigens die dringende Notwendigkeit einer Aufklärung auch der Verbraucher dar. Unsere Leser wissen, wie oft in unserer Blatte schon betont wurde, wie sehr die Käufer von Schleichhandelsware durch ihr übertriebenes Tun nicht nur die Allgemeinheit, sondern letzten Endes auch sich selber benachteiligen, insbesondere, nachdem die Lage der Verbraucher durch die Freigabe fast aller früher bewirtschafteten Artikel sich erheblich gebessert hat. Die neue amtliche Verlautbarung führt die Wichtigkeit dieser Aufklärung an einem praktischen Beispiel vor Augen, indem sie darauf hinweist, daß der Verbraucher, nachdem insbesondere die monatliche Ausgabe von 600 Gramm gering ausgemahlenem Roggenmehl durchgeführt ist, sich durch Bezug von Schleichhandelsmehl in doppelter Beziehung schädigt. Einmal nämlich übersteigt er für das im Schleichhandel erworbene Getreide oder Mehl bezahlte Preis meistens den amtlichen Preis, ferner erfordert der Schleichhandelsbezug eine verstärkte Einfuhr von Brotgetreide für die öffentliche Bewirtschaftung. Die für seine Verbilligung aufzubringenden Milliardenbeträge aber fallen zuletzt dem einzelnen Steuerzahler zur Last. Man zu rechnen versteht, wird aus diesem Beispiel ersicht werden können, daß er durch den Erwerb von Schleichhandelsmehl also im Grunde genommen sich selbst hintergeht und daß es für ihn vorteilhafter wäre, sich vornehmlich noch mit den freigegebenen Nahrungsmitteln zu behelfen, auch wenn sie scheinbar teurer sind.

### Badischer Landtag.

L.P.D. Die Zentrumsfraktion hat folgende fürmliche Anfrage gestellt: „Welche Gründe haben die Regierung bestimmt, den für den 18. Januar von der Karlsruher Studentenschaft geplanten Fackelzug zu verbieten? Diese Interpellation wird Gelegenheit zur Aussprache geben. Wie gestalten uns erst ein Urteil, wenn die Regierung geantwortet hat.“

### Das badische Reichstagswahlergebnis im Jahr 1920.

Dem badischen Landtag ist heute eine höchst interessante Statistik über die badischen Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 zugegangen. Im Zusammenhang mit dem badischen Bevölkerungszustand werden die Wahlkreisergebnisse nach Gemeinden, Amtsbezirken, Parteien, Verufen usw. gruppiert und nach verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet. Aus dem reichhaltigen Material seien die folgenden beachtenswertesten Feststellungen herausgehoben:

Die Zahl der Wahlbezirke betrug in Baden 2165, und zwar im Landeskommissariatsbezirk Konstanz 511, Freiburg 582, Karlsruhe 486 und Mannheim 586. Zur Verbilligung der Weizenverbreitung der Weizen- und Kleinfelder sind sieben besondere Wahlbezirke gebildet worden.

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug im ganzen Land 1.802.251. Auf je 100 Einwohner der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 kamen 59 Wahlberechtigte. Um ein geringes größer ist die Zahl der aus der Volkszählung 1919 nach den Gesundheitsjahren ermittelten ortsumfassenden Bevölkerung (einschl. Militärpersonen) im wahlfähigen Alter mit 1.831.123 oder 60,3 Prozent. Von letzteren waren 46 Prozent Männer und 54 Prozent Frauen, es entfielen also auf je 100 Männer in wahlfähigem Alter 117,2 Frauen gleichen Alters. Es zeigt der hohe Frauenüberschuß unter den Zwanzigjährigen und Älteren, welche große Opfer der Wehrkraft an wehrfähigen deutschen Männern gefordert hat, wenn man dagegen die Geschlechtsverteilung der über 20 Jahre alten Bevölkerung bei der letzten Volkszählung vor dem Kriege, im Jahre 1910, vergleicht. Damals kamen im Deutschen Reich auf 48,6 Prozent Männer in diesem Alter nur 51,4 Prozent Frauen.

Bezüglich der Berufsgruppierung der Kandidaten der einzelnen Parteien ist folgendes festzustellen. Die größte Zahl der Kandidaten gehört der Gruppe der Beamten und Angestellten der freien Berufe an mit 55 oder 42 Prozent, darunter sind Verwaltungsbeamte (einschl. Richter) 17,8 Prozent, Professoren und Lehrer 9,3 Prozent, Partei- und Gewerkschaftsbeamte 6,2 Prozent, Rechtsanwälte, Schriftsteller und Schriftsteller 3,9 Prozent. Dennoch bedeuten diese Zahlen einen Rückgang gegen 1912. Erhöht haben ihren Anteil gegenüber 1912 die Gewerbetreibenden um 7,6 Prozent. Auch die Handeltreibenden, darunter besonders die Angestellten, haben ihren Anteil wesentlich erhöht, während derjenige der Landwirte, Privatleute und Ruhegehaltsempfänger zurückgegangen ist. Der Anteil der Ausfrauen beträgt 7 Proz.

Die Wahlbeteiligung blieb mit 17,3 Prozent um 11,4 Prozent hinter der zur deutschen Nationalversammlung zurück. Am stärksten war die Wahlbeteiligung mit 50,8 Prozent im Amtsbezirk Laubertshausen, am schwächsten mit 5,2 Prozent im Amtsbezirk Rühl.

Der Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen verteilt sich wie folgt: Zentrum 36,4 Prozent, Sozialdemokratie 20,1 Prozent, Demokratie 12,3 Prozent, Deutschnationale 12 Prozent, Unabhängige 10,9 Prozent, Volkspartei 4,8 Prozent, Kommunisten 1,5 Prozent.

Die Koalitionsparteien, die bei den deutschen Nationalversammlungenwahlen über 32,5 Prozent aller Stimmen vertrieben, haben am 6. Juni 1920 mit 60,728 Stimmen immer noch mehr als zwei Drittel (68,8 Prozent) aller gültigen Stimmen auf sich vereinigt.

Den größten Interesse dürften noch folgende statistische Feststellungen sein: Mit zunehmender Größe der Gemeinden nimmt der Dunderanteil der Römisch-Katholischen stetig ab (von 68,6 bis 46 Prozent), während in umgekehrtem Verhältnis der Anteil der Evangelischen mit der Größe der Gemeinden ständig wächst (von 30,4 auf 49,8 Prozent). Die Zahl der Zentrumswähler ist mit 62,1 Prozent am weitesten zurück in den kleinsten Gemeinden und wird mit zunehmender Größe der Gemeinden stetig kleiner bis 19,8 Prozent in der Gruppe der größten Städte. Umgekehrt verhält es sich mit der Wählererschaft der übrigen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen, deren Anhänger sich gleichmäßig verteilen. In den Landgemeinden ist die größte Zahl Römisch-Katholischer sowie Wähler der Deutschnationalen und des Zentrums zu finden, in den Stadtgemeinden sind die evangelischen wahlberechtigten Wählenden sowie die Wähler aller übrigen Parteien in der Mehrheit. Am bemerkenswertesten tritt diese Verteilung in die Erscheinung bei der Sozialdemokratischen Partei von 14,2 auf 24,6 Prozent, bei der U.S.P. von 5,7 auf 16,7 Prozent, der deutschnationalen Partei von 10,1 auf 18,8 Prozent und bei der deutschen Volkspartei von 3,9 auf 11,9 Prozent in der höchsten oder zweithöchsten Gemeindegröße.

### Die bösen Folgen der Notentwertung.

Das Sinken von Banknoten, das für die Finanzlage und das Wirtschaftsleben Deutschlands so verberbernd ist, hat eine weitere unheilvolle Folge zeitigt, die eine direkte Gefahr für die Bevölkerung vor allem auf dem Lande bedeutet. In letzter Zeit mehren sich in erschreckender Weise die Meldungen von Raubüberfällen in ländlichen Gegenden. Rauborte, in denen bis jetzt derartige Verbrechen noch nie vorgekommen sind, werden von zunehmendem Gefährdung, das unter Umständen auch vor einem Dorf nicht zurückgeht, heimgesucht. Den Verbrechen, die sehr wohl wissen, daß gerade auf dem Lande große Summen gehorteter Banknoten verstreut sind, suchen besonders die Käufer der begüterten Landwirte zu einer Zeit auf, in der die männlichen Bewohner durch Feldarbeiten oder Kirchbesuch abwesend sind. Auch wenn ihnen kein Geld bei dem Raubzug in die Hände fällt, richten die Diebe stets bei der Durchsuchung der Häuser in Wohnräumen usw. schweren Schaden an. Es liegt darum im eigenen Interesse unserer Landwirte, den Anreiz, den die Notentwertung für das Raubgelingen bietet, aufs schnellste zu beseitigen. Man trage das aufgeschriebene Geld dorthin, wo es hingehört und wo es fruchtbringend für den Eigentümer wie für die Volksgemeinschaft arbeiten kann, in die großen Sammelstellen der Volkswirtschaft: Banken, Sparkassen und Genossenschaften. In jeder Gemeinde sollten verständliche Besuche aufklärend und vorbildlich wirken. Sie sollten immer wieder darauf hinweisen, wie sehr die Notentwertung sich durch ihr unkluges Verhalten selbst schaden. Da durch die Notentwertung Millionenwerte dem Geldverkehr entzogen werden, kann die Notentwertung niemals zum Stillstand kommen. Die anhaltende Vermehrung der Zahlungsmittel wirkt aber verteilend auf die Ware und entwertet dadurch die Zahlungsmittel. Der Schaden trifft also neben der Gesamtheit der Bevölkerung auch den einzelnen, den Notentwertung nicht ausgenommen.

Und dazu kommt noch ein Drittes: Steuerhinterziehung ist in Zeiten, wo alles im Interesse des Wiederaufbaues des Vaterlandes auf eine Befriedung unseres Finanzwesens ankommt, ein Verbrechen, das mit nicht schwerer Strafen nach sich zieht. Die gesetzlichen Bestimmungen, die immer noch zu wenig bekannt sind, lauten deshalb dahin, daß jedes Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegszugabe vom Vermögenszuwachs oder zum Kriegsnachschuß vorzüglich veräußert wird, zugunsten des Reiches verfallt. Diese Verfallserklärung erstreckt sich insbesondere auch auf Banknoten, die gehortet sind, und deren Wert in den Steuererklärungen verschwiegen worden ist. Zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung hat das Reich einen Betrag von 10 Millionen Mark vorgezogen, die als Belohnungen an Beamte für aufgedeckte Steuerhinterziehungen ausbezahlt sind. Diese dem öffentlichen Nachschubdienst zur Verfügung gestellten besonderen Mittel werden es ermöglichen, auch den Banknotenhändlern das Handwerk zu legen, die durch ihr Treiben nicht bloß dem Reich die Steuern hinterziehen, sondern dem ganzen Wirtschaftsleben fortgesetzt schweren Schaden zufügen. R. U.

### Milchstreik in Mörsch.

Durch verschiedene Blätter geht eine Mitteilung, wonach in Mörsch (Amt Ettlingen) die Kuhhalter erklärt hätten, die Milch nicht mehr zum Preise von 1,50 M. für den Liter (Landeshöchstpreis) abgeben zu können. Die Verbraucher hätten sich mit einem Preis von 2 M. einverstanden erklärt. Nachdem daraufhin vom Ministerium des Innern die Einhaltung des Landeshöchstpreises angeordnet wurde, verweigerten nunmehr die Kuhhalter die Abgabe von Milch. Dazu teilt man uns von zuständiger Stelle mit: Es ist nicht richtig, daß die verordnungsberechtigte Bevölkerung in Mörsch sich bereit erklärt hat, für den Liter Milch 2 M. zu bezahlen. Beim Ministerium des Innern in Karlsruhe ist schriftliche Beschwerde wegen des Überschreitens des Milchhöchstpreises in Mörsch eingegangen. Es liegt im eigenen Interesse der Einwohnerschaft, dafür zu sorgen, daß der Landeshöchstpreis strikte eingehalten wird. Die Gemeinde Mörsch ist keineswegs berechtigt, den Landeshöchstpreis von 1,50 M. für einen Liter Vollmilch zu überschreiten. Weigern sich die Kuhhalter, zu diesem Preise Milch abzuliefern, so wird gegen sie eingeschritten werden. Das Bezirksamt hat die polizeilichen Organe angewiesen, die Einhaltung des Landeshöchstpreises scharf zu überwachen.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Wie der jüngste Karlsruher Folgebereich mittelt, wurde ein Landwirt aus Erisheim zur Anzeige gebracht, weil er hier Kartoffeln zu 50 M. pro Zentner selbst. Die Kartoffeln wurden durch die Polizei beschlagnahmt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 3 des badischen Ges.- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Recordungen: des Ministeriums des Innern und des Ministeriums der Justiz: Rechtschutzordnung; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Schulordnung für die Volksschulen.

L.P.D. Wertheim a. M., 20. Jan. Ein auswärtiger Geschäftshändler fuhr am Montagabend in Begleitung seiner Frau nach hier und ging, um Nachtquartier zu bestellen, seinem Geschäft voraus. Als seine Frau nach langem Warten nicht eintraf, ging er zurück und fand sie ermordet und betäubt auf der Straße vor. Der Mörder hatte seinem Opfer den Kopf vom Kumpf getrennt.

L.P.D. Konstanz, 20. Jan. Heute früh 1/8 Uhr wurde im Hofe des Gefängnisses der Raubmörder Klink von Zell i. B. durch den Schlichter Burghard aus Emdingen hingerichtet. Klink hatte bekanntlich am 30. Mai 1920 die Albertine Simon von Todmoos-Dresdenberg ums Leben gebracht und wenige Wochen darauf ihren Bruder, den Landwirt Johann Simon getötet. Die Hinrichtung verlief ohne Zwischenfall. (Die letzte Hinrichtung in Konstanz war am 2. Dezember 1908; damals wurde der Mörder Ebner aus dem Waldshutener Bezirk, der einen schweizer Landjäger ermordet hatte, hingerichtet.)

L.P.D. Konstanz, 20. Jan. Ein Raubgenosse des Kommunisten Holz stand in der Person des 22-jährigen ledigen Schreiners Robert Kros, wohnhaft gewesen in Radolfzell, vor der Konstanzger Strafkammer. Kros hatte mit dem 23-jährigen Majer Hans Bohnader aus Maubereun an dem Landwirt Philipp Lambrecht aus Homburg bei Stählingen eine Erpressung ausgeübt. Sie hatten sich als Kriminalbeamten ausgeben und den Lambrecht für verhaftet erklärt, weil er angeblich falsches Papiergeld im Besitz habe. Sie veranlaßten den Bauern, ihnen sein ganzes, zum größten Teil im Keller verborgenes Papiergeld im Gesamtbetrag von 1443 M. auszuliefern. Kros ließ dann seinen Komplizen Bohnader sitzen und wies nach Hof in Wöhmen, wo er verhaftet wurde. Die Berechnung ergab, daß Kros früher bei der Reichswehr war und dann zu der Bande Holz übergetreten ist. Wegen seiner Teilnahme an der Holzraube war er von der Dresdener Strafkammer zu Gefängnis verurteilt worden, die Strafe wurde ihm aber durch Amnestieerlass geschenkt. Er setzte sich dann wieder mit Holz in Verbindung und hat mit diesem in Frankenstein und Effen Geld erpresst, um neue Unternehmungen durchzuführen. Schließlich plante er in Radolfzell einen Aufstand hervorzurufen und hatte hierfür schon einen genauen Plan angefertigt. Wegen dieser Aufstandslage wird er sich später noch zu verantworten haben. Sein Verdict bei dem Landwirt Lambrecht trug ihm 1 Jahr 4 Monate Gefängnis ein, während Bohnader 4 Monate Gefängnis erhielt.

### Aus der Landeshauptstadt.

\* Zu den Vorgesängen nach der Reichsgründungsfeier vor dem städtischen Konzerthaus wird uns von zuständiger Stelle geschrieben. Es muß ausgegeben werden, daß infolge eines Mißverständnisses die Polizei nicht unmittelbar zur Stelle war; von dem ihr angewiesenen Platz konnte sie infolge der Dunkelheit und des Sturmes die Situation nicht rechtzeitig erkennen. Nachdem die Polizei erschienen war, wurden sofort die nötigen Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen. Die Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen, werden aber voraussichtlich in den nächsten Tagen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen.

Landestheater. In der „Bajazzo“-Vorstellung am Sonntag, den 23. d. M. singt Fräulein Hedv. Kuhn aus Mainz verführerische die Partie der Hedda.

### Badische Zeitungsstimmen.

Über den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

### Zum Rücktritt des Arbeitsministers Rüdert

schreibt der sozialdemokratische Karlsruher „Volkstribüne“: „Arbeitsminister Rüdert, der in der gestrigen Landtags-Sitzung aus dem badischen Kabinett austrat, gehörte der badischen Regierung seit dem 11. November 1918 an. Nachdem er in der vorläufigen Volksregierung Verkehrsminister war, wurde er nach Schaffung der Verfassung in der Sitzung vom 2. April 1919 zum Minister für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten gewählt.“

In diesem Amte bemühte sich Genosse Rüdert im Dienste des Neuaufbaues zu leisten, was in seinen Kräften stand. Vor allem ist ihm dabei hoch anzurechnen sein unermüdliches Bemühen um die soziale Wohlfahrt des arbeitenden Volkes und um die wirtschaftspolitische Förderung unseres badischen Landes, wofür er sein Bestes gab.

Wenn Genosse Rüdert nunmehr als Minister geht, so kann er für sich in Anspruch nehmen, der Partei und dem Lande Baden in schwerer Zeit seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und tatkräftig am Neuaufbau mitgearbeitet zu haben. — ein Verdienst, das ihm dauernd ein gutes Andenken sichert.“

Das Karlsruher Zentrumorgan, der „Bad. Beobachter“, äußert sich wie folgt:

„Die hinter uns liegende Zeit gab mitunter den leitenden Männern eine Macht in die Hand, welche die persönliche Initiative zur Ausführung an sich schöner und guter Ideen reizte, aber zugleich hervorragende Fachkenntnisse und eine von Erfahrung und Klugheit bestimmte Tatkraft verlangte. Dies gilt ganz besonders von Unternehmungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Macht wurde dem nun abtretenden Minister zum Verhängnis. Persönlich sind sehr schöne Ideen, wie z. B. den Siedlungsgegenden in die Wirklichkeit umsetzen zu können, machte sich Herr Minister Rüdert an die Ausführung wirtschaftlicher Projekte. Das Unglück war, daß auch die ihm dabei behilflichen Persönlichkeiten teilweise mehr Idealisten als praktische Leute waren. In dem einen oder anderen Falle fehlte es den mit der Ausführung Beauftragten auch an dem nötigen Verantwortlichkeitsgefühl. Das Ergebnis war dann schließlich so, daß der verantwortliche Minister nunmehr die Konsequenzen gezogen hat. Fest steht, daß Minister Rüdert selbstlos und gewissenhaft gearbeitet hat und aus seiner Tätigkeit als Minister kein Flecken an ihm haftet. Er teilt sein Schicksal mit jenen zahlreichen Männern der gegenwärtigen Zeit, deren Fehlen darin bestand, sich zuviel zugeiraunt zu haben.“

Das demokratische „Heidelberger Tageblatt“ schreibt:

Wenn Rüderts Ausscheiden aus dem Kabinett sonach auch kein eigentlich politischer Akt ist, so bedeutet es doch eine wesentliche Entlastung der politischen Situation. Denn wir können uns nicht denken, daß es in der Regierung ein entsprechendes Aufkommen war, wenn ein Teil der Kabinettsmitglieder der Überzeugung ist, daß ein Minister seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und wenn auch aus dem Lande sich immer wieder Stimmen in diesem Sinne vernehmen ließen.

Im übrigen aber wird es auch bei einem Personalwechsel bleiben und nicht zu einem Systemwechsel kommen. Wir möchten wünschen, daß die Sozialdemokratie, die den Nachfolger Rüderts präsentierte, eine glückliche Hand in der Auswahl dieses Mannes hat. Es sollte dabei hauptsächlich nicht auf Befähigungstüchtigkeit, sondern auf die Fähigkeit gesehen werden.“

Staatsanzeiger.

Mit Entschliessung der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe wurde der Vorstand der Eisenbahnhauptkasse, Regierungsrat Hermann May, als Vorstand des Rechnungsbüros zur Eisenbahn-Generaldirektion bestellt.

Gestorben: am 2. Januar d. J.: Oberjustizsekretär Julius Reinhardt beim Amtsgericht Rosbach.

Die staatsärztliche Prüfung betr. Den Bezirksassistentenarzt in Forstheim Dr. Karl Benzel hat sich der in der landesherrlichen Verordnung vom 19. August 1896 in der Fassung der landesherrlichen Verordnung vom 29. Juli 1913 (Ges.- u. V.M. 1896 S. 251 und 1913 S. 477) vorgeschriebenen Prüfung für Staatsärzte unterworfen und ist für bestanden erklärt worden.

Karlsruhe, den 18. Januar 1921. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. A. Rein.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Ernennung der Bezirksräte des Amtsbezirks Karlsruhe betr.

Anstelle des aus dem Bezirksrat des Amtsbezirks Karlsruhe ausgeschiedenen Fabrikanten Albert Holz in Graben wurde gemäß Artikel 1 Ziffer 4 des badischen Verwaltungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1919 Gastwirt Wilhelm Hauer in Planenloch zum Mitglied des Bezirksrats berufen. Derselbe erhielt den Bezirksratsbezirk XIII (Gemeinden Egenstein, Leopoldshafen, Niedolsheim und Hochstetten) zugewiesen. Karlsruhe, den 18. Januar 1921. Bad. Bezirksamt I. D.-R. 9

Den Ortsbauplan von Welschnauert betr.

Gemäß § 6 des Ortsstrafengesetzes vom 15. Oktober 1908 wird die durch Verfügung vom 23. Januar 1920 verhängte Bauverbote über das Gebiet der Gemeinde Welschnauert, soweit es sich auf die neue Eisenbahnlinie Karlsruhe-Egenstein bezieht, bis einschließlich 23. Januar 1922 verlängert. Karlsruhe, den 20. Januar 1921. Bezirksamt II. D.-R. 10

Bekanntmachung.

Heute vormittag wurde im Hofe des Amtsgefängnisses an dem Mörder Max Kline aus Zell i. B. das Todesurteil vollstreckt.

Er hat am Sonntag, den 30. Mai 1920, vormittags gegen 12 Uhr, die ledige Landwirtin Albertine Simon in Lohmosen-Breitenberg in ihrem Hause, in welches er gewaltsam eingedrungen war, beraubt, erschlagen, erzwängt.

Nachdem er dann erfahren hatte, daß in dem Hause Simon noch viel Geld versteckt sei und er nicht alles gefunden hatte, weckte er am Donnerstag, den 8. Juli 1920 gegen 1/11 Uhr nachts den Bruder der Vorgenannten, den ledigen Johann Simon, gab sich als Kriminalbeamter aus, der mit der Ermittlung des Wüthens seiner Schwester befaßt sei, den er ermittelt habe, ließ sich im ganzen Hause herumführen, den Simon sein Geld aus den Verstecken holen, schrieb sich die Nummern der Geldscheine auf und den Simon vertrauensselig zu machen und schlug ihm dann von hinten durch einen Schlag mit einer Raufwerkspistole den Kopf, daß Simon infolge der schweren Schädelverletzung wenige Tage darauf starb.

Durch Urteil des Schwurgerichts Konstanz vom 15. Oktober 1920 wurde Kline wegen Mordes in rechthohem Zusammentreffen mit Raub zum Tode und wegen schweren Raubs in rechthohem Zusammentreffen mit Raub zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Staatsministerium hat unter dem 12. Januar 1921 beschlossen von einer Begnadigung des Kline abzusehen. Konstanz, den 20. Januar 1921. Der Staatsanwalt: Obkircher.

Privatpargelkassette in Karlsruhe.

Die abgerechneten Sparbücher werden am 24., 25. und 26. Januar von 9-4 Uhr - ununterbrochen - zurückgegeben. Raffenverkehr findet an diesen Tagen nicht statt. 3.847

Sparkassenkontrollenstelle

in Waldkirch i. Br. zu bestehen. Gehaltsstarif Gruppe 6, später 7. Nur im Sparkassenwesen erfahrene, nicht unter 30 Jahre alte Bewerber wollen sich bis 31. Januar 1921 melden, unter Vorlage entsprechender Unterlagen. Waldkirch i. Br., den 20. Januar 1921. Der Gemeinderat.

Familienversorgung

Wer für sich und seine Hinterbliebenen sorgen will, erreicht dies in besonders vorteilhafter Weise durch Benutzung der Versicherungseinrichtungen des

Preußischen Beamten-Vereins

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Förster, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Kaufm. Angestellte und sonstige Privatangestellte. Versicherungsbestand 475 270 297 M. Vermögensbestand 206 436 818 M.

Der Verein arbeitet ohne bezahlte Agenten und spart dadurch sehr bedeutende Summen. Er kann daher die Prämien (Versicherungsbeiträge) sehr niedrig stellen und trotzdem sehr hohe Dividenden verteilen, so daß die Gesamtkosten für die Versicherung bei unbedingter Sicherheit äußerst gering sind. - Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenlos durch

Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins zu Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Bekanntmachung. Den nachgenannten Kandidatinnen, welche die durch die Verordnung vom 2. Januar 1919 vorgeschriebene Prüfung bestanden haben, ist der Ausscheid als staatlich geprüfte Säuglings- und Kleinkindpflegerinnen erteilt worden.

Anna Albrecht aus Rimbach i. A., Hildegard Becker aus Stuttgart, Luise Beha aus St. Georgen i. Schw., Elisabeth Behringer aus Gausen i. B., Margarete Bender aus Ostringen, Sofie Charlotte Bergmann aus Pöfen, Lora Bloch aus Sulzburg (Baden), Anna Buchhart aus Singen a. S., Alwine Eberhard aus Schweningen a. A., Maria Eichhorn aus Karlsruhe, Margarete Genth aus Viebach a. Rh., Maria Heilig aus Bruchsal, Luise Hertel aus Dallau bei Rosbach, Johanna Herrmann, Schwester aus Adelsheim, Margarete Heuböckler aus Frankenthal (Pfalz), Maria Oster aus Hochhausen, Jemgard Hüllen aus Darmen, Annemarie Hraus aus Redareiz, Therese Kling aus Bruchsal, Carola Koch aus Kusel i. d. Pfalz, Johanna Krahmüller aus Heidelberg, Frieda Krepper aus Karlsruhe, Elise Kufsch aus Göttingen, Käthe Kufsch aus Durlach, Hilda Kubin aus Billingen, Frau Hanni Marger aus Oberrotweil i. Schw., Bertha Maucher aus Zeining (Württemberg), Aimée Gräfin Du Moulin Edert aus Heidelberg.

Volksbühne Karlsruhe.

Konzerthaus. Samstag, den 22. Januar, abends 7/8 Uhr: K 4 Volkstümliches Konzert.

Sonntag, den 23. Januar 1921: Landestheater. Konzerthaus. Cavalleria rusticana. Fräulein Witwe. Scharmützel. Der Bajazzo. Lotichens Geburtstag. 6 1/2, bis 9 1/2 Uhr. 20 M. 7 bis gegen 1/10 Uhr. 11 M.

Mittwoch

26. Januar, 7 1/2 Uhr, Rathausaal: Lichtbilder-Vortrag gehalten durch den Maler

FIDUS über seine Werke. Karten zu 6.-, 4.80 u. 3.60 (einschl. Steuer) bei Kurt Neufeldt, Waldstrasse 39.

Samstag, 5. Februar 1921

in den festlich geschmückten Sälen der Stadt Festhalle

Großes Wohlthätigkeits- u. Presse-Fest Kostümball

Blumenpolonaise, Preis-Tanzturnier, Cabaret, Diels, -Ballorchester: Musikverein Harmonie, Leitung: Herr S. Rudolph. - Im kleinen Saal (Cabaret): Künstlerkapelle (Mitglied des Landestheaterorchesters). - Tanzturnier: 10 Uhr, Preisverteilung: 11 Uhr, Leitung: Herr Schriftleiter Rich. Beldecker. - Leitung der übrigen Feste: Herr Hofkolonator a. D. Rich. Algeier.

Von 11 Uhr ab im Bierkeller: Wiener Schrammelmusik. Photograph, Friseur, Blumenverkauf i. Hause. Zutritt nur im Kostüm oder Ballanzug. Masken u. anstößig. Kostüme unter all. Umständen. ausgesch.

Eintrittspreise: (einschließlich Einlagegebühr u. Luftfahrtssteuer) Herren- und Damenkarte 25.- M., Einzelkarte f. Herren od. Damen 15.- M., Teilnehmergebühr für das Tanzturnier: 20.- M. (Kneigeld), Nachnennungen (nach dem 1. Febr.) 50.- M. für das Paar.

Touristenkarten nach Herrn Schriftleiter R. Volderauer (Bad. Press). Vorausbelegen von Tischen u. Stühlen - mit Wirkung bis spätestens 9 Uhr abends - nur mit Zustimmung des Festausschusses gegen Gebühr gestattet. (Anmeldungen bei Stadtgartenober-einnehmer Brunner).

Borverkauf von Eintrittskarten ab 26. Jan. bis 5. Febr., nachm. 4 Uhr, bei: Brunner, Stadtgartenober-einnehmer (nördl. Stadtgarteneingang), Doert, Musikalienhandlg., Kaiserstr. 159 (Tel. 638), Hülge, Bwaren- u. Schreibwarengeschäft, Kaiserstr. 51 (Tel. 1830), Müller, Musikalienhdlg., Kaiserstr. 124a (Tel. 388), Neufeldt, Musikalienhdlg., Waldstr. 39 (Tel. 2577), Tafel, Musikalienhdlg., Kaiserstr. 82a (Tel. 1647).

An Festabend ab 6 1/2 Uhr: Raffen in b. Kleiderablage i. d. Festhalle (Westseite). Hier nur Einzelkarten zu 20.- M.

Beginn: 7 Uhr. Von 7-1/2 Uhr Promenadenkonzert. Zugang zum Ballaal und zur oberen Galerie (ab 6 1/2 Uhr) durch die Kleiderablage (Westseite).

Der Festausschuß.

Stangenholz-Versteigerung

553 des Forstamts Gammendingen am Samstag, den 29. Januar d. J., früh 9 Uhr im

Schwarzbäcker Hof in Gammendingen aus Domänenwald, Hinterer Kohlwald, 620 Baustrangen, 3147 Hopfenstrangen, 715 Nebstücken, 410 Rohnstücken. Forstwart Schieler in Gammendingen zeigt das Holz vor.

Berta Wählfarth aus Düsseldorf, Gertrude Neß aus Karlsruhe, Julia Reichenbach aus Durlach, Annemarie Hoffmann aus Friedrichstadt a. d. Elbe, Johanna Essig aus Mannheim, Friede Schellenberg aus Mannheim, Ely Schmid aus Forstheim, Josefina Schmid aus Billingen, Frieda Schmidt aus Großalberghof (Oberpfalz), Klara Schöpflin aus Vörsach, Lydia Schweitzer aus Wietrich bei Biel (Schweiz), Ida Schweizer aus Heidelberg, Hildegard Schwendemann aus Karlsruhe, Klara Segauer aus Langensteinbach, Betty Elshaus aus Konstanz, Helene Siehl aus Speyer a. Rh., Therese Stoll aus Wöhringen a. Rh., Dagmar Tillis aus Dresden, Helmuttraut Bierobst aus Karlsruhe, Margarete Wibel aus Karlsruhe, Gertrude Frein von Weller aus Neumarkt (Oberpfalz), Christine Welter aus Singen a. S., Margarete Wendling aus Hadelburg (Amt Waldshut), Gertrud Wetterauer aus Strazburg i. E., Henriette Wienhöf, Schwester aus Homburg, Ernst Wiese aus Wertheim, Renate Wolfsteil aus Mönchen, Therese Zembradt aus Koblitzell. Karlsruhe, den 12. Januar 1921. Badisches Amtsministerium. Der Ministerialdirektor: J. A. Dr. Baum. Fuch.

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Karlsruhe, Städtische Ausstellungshalle. Täglich für Frauen und Männer geöffnet von 10-7 Uhr. Freitags nur für weibliche Besucher. Aerztl. Führungen jeden Werktag 1/6 Uhr. Sonntags 11 Uhr. Eintrittspreis 2.-, einschl. Städt. Einlassgebühr.

Kalender 1921. Effhart, Kalender für das Badner Land. Im Auftrage des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Max Wingenroth. 12.-, einschließlich aller Feuerungszuschläge. Badischer Eisenbahnerkalender. Zwölfter Jahrgang. Herausgeber August Hasfer, Rechnungsrat bei der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe. 8.-. Der Landwirt. Kalender des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins. 43. Jahrgang. Herausgegeben im Auftrage des Präsidiums von Oekonomierat Württemberg. 2.50. Der Verkehrsboten. Volkstümlicher Kalender für das gesamte deutsche Verkehrspersonal. Fünfter Jahrgang. Herausgegeben von Otto Weck, Eisenbahnschriftführer. Preis 3.-. Taschenkalender für Kleingartenbau. Herausgegeben von Fritz Böhler, Beamter beim Bad. Landw. Verein in Karlsruhe. 3.50. Zu beziehen durch G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. Baden, Karlsruhstr. 14.

Bürgerliche Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. Effentliche Anstellung. 556.2.1 Karlsruhe. Elisabeth Hoffmann, geb. am 3. November 1913, vertreten durch den Vormund Karl Hoffmann, Steinhauer in Wattenweiler, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt E. Müller in Karlsruhe, klagt gegen den Autoführer Moos Metz, zuletzt in Karlsruhe, jetzt unbekanntem Aufenthaltsorte, unter der Voraussetzung, daß Beklagter gemäß § 1708 BGB. unterhaltspflichtig ist und durch Klage des Amtesgerichtes Mannheim vom 22. Januar 1919 sich zur Leistung einer Geldrente von 75 M. vierteljährlich vorauszahlbar verpflichtet hat, mit dem Antrage: Beklagter wird verurteilt, an Klägerin anstelle der bisherigen Unterhaltsrente von 75 M. vom 3. Mai 1920 an bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres der Klägerin eine im Voraus zu entrichtende Geldrente von vierteljährlich 180 M. - zu zahlen und hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wurde der Beklagte vor das Amtsgericht in Karlsruhe, II. Stad. Zimmer Nr. 131 auf Dienstag, 15. März 1921, vormittags 9 Uhr, geladen. Karlsruhe, 19. Jan. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts K. 4.

Angebot. 557. Heidelberg. Der Kraftfahrer Karl Reinhard in Steint. Klosterstr. 5, hat das Angebot des auf seinen Namen lautenden Sparbuchs Konto Nr. 1060 der Spargesellschaft für Stadt- und Landgemeinden in Heidelberg mit einer Einlage von 1688,61 M. - Stand am 1. Januar 1918 - beantragt. Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 9. August 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 23, anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und das Sparbuch vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung des Sparbuchs erfolgen wird.

Heidelberg, 10. Jan. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

554. Wetten. Über das Vermögen des Kaufmanns Max Hider in Wetten wurde heute am 20. Januar 1921, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwält Schmidt in Wetten wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. Februar 1921 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und ein

bigerausschusses und ein-tretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 19. Februar 1921, vormittags 11 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nicht an den Gemeinsschuldner zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1921 Anzeige zu machen. Wetten, 20. Jan. 1921. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

531.22 Schopfheim. Der Landwirt Johann Friedrich Kogler in Hesel hat beantragt, den verschollenen Landwirt Georg Albert Kogler, zuletzt wohnhaft in Hesel, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 16. September 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen. Schopfheim, 17. Jan. 1921. Badisches Amtsgericht.

Bekanntmachungen

Geschäftsstelle der Badischen Futtervermittlung G. m. b. H. Karlsruhe.

Gemäß § 22 des Gesellschaftsvertrages und Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 2. September 1920 ist die Geschäftsstelle der Badischen Futtervermittlung G. m. b. H. aufgelöst. Ich fordere die Gläubiger auf, sich bei mir zu melden. 3.476.3.2.1 Der Liquidator: Feldmann.

Vom 1. Februar d. J. ab wird im Gepäd- und Expresgutverkehr der Nebenbahn Mannheim-Durlach für jede zur Auslieferung kommende Gepäd- und Expresgutendung eine Abfertigungsgebühr von 0,40 M. erhoben. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tarifmaßnahme gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung. Berlin, 20. Januar 1921. Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.